



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, 22. Februar 2008

Achtung: Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede des
Präsidenten des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen,
Lothar Spielhoff,
vor der Landespressekonferenz am 22. Februar 2008**

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich die Ausführungen zu unseren Jahresberichten 2008 für Stadt und Land mit einer allgemeinen Anmerkung zum Klima beginnen. Ich meine hier unsere Beziehung zu den Ressorts, auch wenn ich später noch kurz auf das Thema Klima in Schulräumen zurückkomme. Jahrelang haben wir uns mit unserem Hauptansprechpartner, dem Finanzressort, nicht einmal auf die grundlegenden Zahlen zu den Haushalten einigen können. Das hat sich entschieden gebessert.

Das Finanzressort hat in wesentlichen Bereichen unsere Positionen übernommen. Denken Sie nur an unsere Auseinandersetzungen zum Beispiel über die Frage, ob Zinsen konsumtive Ausgaben sind, wie wir es stets vertreten haben, oder investive Ausgaben, so die frühere Position des Finanzressorts. Denken Sie nur daran, wie wir gescholten worden sind, als wir gesagt haben, Bremen könne sich nicht aus eigener Kraft retten. Heute ist diese Erkenntnis Allgemeingut.

Die Schuldenlast ist erdrückend. Von der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1989, dass jede Generation die Ausgaben für laufende Investitionen selbst zu tragen hat, ist Bremen weit entfernt. Zumal da die nachfolgende Generation auch noch die Kredite für konsumtive Ausgaben abzutragen haben wird.

Ich hoffe sehr, dass in Berlin eine Lösung gefunden wird, der überbordenden Staatsverschuldung zu begegnen, die – das füge ich mit Bedacht hinzu – aber auch so aussehen muss, dass ein Land wie Bremen die vereinbarten Regeln auch einhalten kann.

Langwierige Beschreibungen der Haushaltslage will ich hier nicht vortragen: In unserer Zusammenfassung finden Sie den genauen Sachstand und – wie gewohnt – die wesentlichen Haushaltskennzahlen. Davon nur zwei Zahlen: Unsere Schulden betragen im geprüften Haushaltsjahr 2006 im Kernhaushalt 14,6 Milliarden Euro. Die zulässige Neuverschuldung ist im Jahr 2006 um 300 Millionen Euro überschritten worden.

Nun einige Bemerkungen zu den Jahresberichten:

Ich beginne meinen Bericht über die Prüfungserkenntnisse des Rechnungshofs aus dem Jahr 2007 mit einem Bereich, in dem Bremen im Vergleich mit anderen Städten im Durchschnitt liegt. Bremen könnte aber sich positiv hervorheben. Es geht um die Berufsschulen. Bis zu 13 Millionen Euro jährlich könnte Bremen nach und nach bei berufsbildenden Schulen – die Prüfung weist nach, dass das machbar und sinnvoll wäre – einsparen. Das ist eine stolze Summe, die viel Spielraum für politische Prioritäten im Bildungsbereich eröffnet. Dieses Geld könnte Bremen für sein selbst erklärtes Ziel einsetzen, die grundlegende Bildung in der Primarstufe und Sekundarstufe I zu stärken.

Der Rechnungshof hat eine Reihe von Maßnahmen beschrieben, wie dieses Einsparvolumen in den berufsbildenden Schulen erzielt werden kann. Dadurch erhöht sich nach Auffassung des Rechnungshofs nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die Qualität der Ausbildung an berufsbildenden Schulen:

Das Bildungsressort soll die Klassenfrequenzen in den berufsbildenden Schulen auf das Niveau der allgemeinbildenden Schulen anheben, Ausbildungsgänge verlagern und zusammenfassen, aufwendige technische Einrichtungen als fachliche Schwerpunkte jeweils nur an einem Standort konzentrieren und mit externen Partnern kooperieren, zum Beispiel dem Berufsfortbildungszentrum „HandWERK“ der Handwerkskammer Bremen.

Durch diese Maßnahmen werden Schulräume und Werkstätten frei, und das Bildungsressort kann Schulstandorte auflösen.

2006 hat der Rechnungshof den Ressourceneinsatz in der gymnasialen Oberstufe geprüft. Das Ergebnis - veröffentlicht im Jahresbericht 2007 - hat der Rechnungshof mit dem Satz zusammengefasst: Auf dem Bildungsweg von der Grundschule zum Abitur gibt es nirgendwo so kleine Lerngruppen wie in der gymnasialen Oberstufe.

Wir haben vorgeschlagen, in der gymnasialen Oberstufe gleich große Lerngruppen wie in den Schulstufen davor einzurichten - also die Schülerzahl je Kurs anzuheben. Und wir haben vorgeschlagen, die Zahl der Standorte zu verringern. Das ist wirtschaftlicher und erhöht die Qualität des Kursangebots.

Das Bildungsressort hat damals erklärt, das entspräche seiner langfristigen Planung. Seit neuestem nehmen wir wahr, dass es die Zahl der Standorte gymnasialer Oberstufen weiter erhöhen will.

Wir haben im vergangenen Jahr unter anderem die städtischen Friedhöfe geprüft und ein beträchtliches Potenzial an zusätzlichen Einnahmen und geringeren Ausgaben für die Stadt ausgemacht. Bremen kann seine Friedhofsflächen reduzieren und bei der Grünpflege kräftig sparen: Jährlich könnten so etwa 1,5 Millionen Euro eingespart werden. Auch von nicht mehr benötigten Erweiterungsflächen, wie zum Beispiel beim Friedhof Huckelriede, könnte die Stadt sich trennen. Geschätzte Einnahme alleine durch den Verkauf der genannten Fläche neben dem Friedhof Huckelriede: mindestens 1 Million Euro.

Was kann ich Ihnen in diesem Jahr darüber hinaus berichten? Exemplarisch für den bunten Strauß an Feststellungen schildere ich Ihnen einige Fälle:

- Jährlich rund 190.000 Euro könnte Bremen beim Ärztlichen Dienst der Polizei einsparen. Dazu müssten verstärkt Hausärzte in die ärztlichen Leistungen eingebunden und weitere Leistungen fremd vergeben werden.
- Sie alle kennen die Schlagzeilen über Eltern, die sich ihrer Verpflichtung, Unterhalt für ihre Kinder zu zahlen, entziehen. Bremen und der Bund müssen in diesen Fällen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz eintreten. Sie sind verpflichtet, sich diese Gelder - so vorhanden - von den Unterhaltspflichtigen zurück zu holen. Bremen fordert im Vergleich zu anderen Ländern aber viel weniger Geld zurück. Hätte Bremen die Rückholquote Hamburgs erreicht, hätte es im Jahr 2004 um rund 435.000 Euro höhere Einnahmen erzielt.
- Bei der Kindertagesbetreuung der privaten Einrichtungen hat der Rechnungshof festgestellt, dass der Bremer Haushalt auf zweifache Weise entlastet werden kann: Erstens hat das Jugendressort bislang kaum geprüft, ob seine Zuwendungen für private Kindertagesbetreuung wirtschaftlich und zweckentsprechend verwendet werden. Der Rechnungshof hat aufgrund der bisherigen Rückforderungen hochgerechnet, dass der Haushalt um jährlich rund 960.000 Euro entlastet werden könnte, wenn das Ressort alle Zuwendungen konsequent überprüft. Zweitens kann die Stadt ihre Einnahmen steigern, wenn sie finanzkräftigere Eltern entsprechend ihrem Einkommen stärker beteiligt. Ähnlich wie Berlin müsste sie zusätzliche Stufen für die Elternbeiträge einführen. Würde Bremen die Berliner Beitragssätze übernehmen, könnte es beispielsweise für eine siebenstündige Betreuung mit Mittagessen pro Kind und Jahr über 1.000 Euro mehr einnehmen.
- Bremen hat eine Stiftung zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses mit 2,5 Millionen Euro Stiftungskapital gegründet, die ihr Ziel bisher verfehlt und zu unnötigen Parallelstrukturen zum Kulturressort geführt hat. Durch die Einlage Bremens sollten Voraussetzungen geschaffen werden, private Zustiftungen zu erhalten. Das ist der Stiftung bisher nicht gelungen. Sie sollte aufgelöst werden wenn es nicht innerhalb eines Jahres gelingt, nennenswerte Zustiftungen zu erhalten.

Fester Bestandteil unseres Jahresberichts ist immer auch der Baubereich. Fehlende Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind auch hier die dominierenden Themen. Ich möchte Ihnen eine Auswahl von Prüfungen kurz vorstellen:

- 1) Um Flächen ging es auch beim Bau des Kindertagesheims an der Universität. In diesem Fall hat sich der Rechnungshof bereits während der Planungsphase eingeschaltet. Mit Vergleichswerten aus anderen Ländern haben wir dafür gesorgt, dass die Fläche geringer dimensioniert und der Bau weniger aufwendig verwirklicht wird. Bremen hat dadurch mindestens 370.000 Euro eingespart.
- 2) Beim Schulzentrum Rockwinkel hat das Ressort weder die Bauausführung kontrolliert noch die Schule über Probleme und Verzögerungen beim Bau informiert. Jetzt haben die Schüler und Lehrer das Nachsehen: Bereits nach circa 20 Minuten Unterricht ist das Raumklima so schlecht, dass gelüftet werden muss. Die vom Ressort festgesetzten Grenzwerte für Kohlendioxid werden deutlich überschritten. Das kostet, besonders im Winter. Bereits vor Bauabnahme hätte die Luftqualität untersucht werden müssen, weil mit der Ausschreibung eine vereinbarte Qualitätsanforderung vorgegeben war. Das ist nicht geschehen.
- 3) Bremen könnte auch Geld sparen, wenn es seine Bauten ausreichend unterhalten würde. Denn dann ließen sich überproportional hohe Kosten für eine spätere Sanierung vermeiden. Bremen hat aber seine Gelder für Bauunterhaltung zuletzt auf 21 Millionen Euro pro Jahr gekürzt. Ein Gutachter hatte den Bedarf auf jährlich 41 Millionen Euro taxiert. Der Rechnungshof hat das Finanzressort aufgefordert, eine Lösung zu finden, damit der Rückstand abgebaut werden kann.
- 4) Wenn schon saniert wird, dann bitte mit Materialien, die auch erhältlich sind. Dies ist die Botschaft zum Bau an der Schule Grenzstraße. Die Gesellschaft für Bremer Immobilien hatte als Material „lamellierte Lärche“ ausgeschrieben, die in der vorgegebenen Qualität in Deutschland gar nicht zu bekommen ist. Lange Verhandlungen mit dem Auftragnehmer und dadurch deutliche Bauverzögerungen sowie unnötige Mehrausgaben waren das Ergebnis der fehlerhaften Ausschreibung. Die unangenehme Folge: Der Unterrichtsbetrieb wurde durch die provisorische Unterbringung für mehrere Monate während der Winterzeit stark gestört.

Häufig macht sich die Verwaltung auch selbst das Leben schwer. Das gilt besonders für den geplanten Aufbau der Geodaten-Infrastruktur, auf die ich wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch kurz eingehen möchte. Ich bin mir sicher: In einigen Jahren wird es für uns genauso selbstverständlich sein, Verwaltungsdaten auf einer Landkarte im Internet anzuklicken, so dass sogar Laien in der Lage sind, sie für eigene Zwecke weiter zu verwenden, wie wir heute eine Suchmaschine im Internet nutzen. Hoffentlich auch in Bremen. Denn unsere Verwaltung streitet sich seit etwa 2001 über Geld und Zuständigkeiten für die Geodaten-Infrastruktur. Dabei wird der Nutzen für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft von europäischer Seite viel höher eingeschätzt als die Kosten. Mittlerweile hat die Europäische Union eine Richtlinie zum Aufbau einer Geodaten-Infrastruktur in Kraft gesetzt. Wir warnen daher: Wenn Bremen so weiter macht, kann es in einigen Jahren zu Verfahren wegen Vertragsverletzung und Bußgeldern durch die Europäische Union kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !